



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

## **Das Zeitalter des Imperialismus 1884 - 1914**

**Friedjung, Heinrich**

**Berlin, 1919**

I. Deutschland, Österreich-Ungarn, Rußland bis 1879

---

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73514](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73514)

I

Deutschland, Österreich-Ungarn,  
\* Rußland bis 1879 \*

---

---

\* I. Deutschland, Österreich-Ungarn, Rußland bis 1879 \*

---

Bismarck und die orientalische Frage . . . . .	21
Rußlands Drang zum warmen Meere . . . . .	23
Panlawismus . . . . .	26
Berliner Kongreß . . . . .	28
Mitteleuropäisches Bündnis . . . . .	33

21  
23  
26  
28  
33  
Bismarck und die orientalische Frage

Der erste deutsche Reichskanzler hat nie einen Augenblick geschwankt, ob er europäische Festlandspolitik treiben oder seinem Volke in der Weltweite einen Platz erringen solle. Seine Lebensarbeit war mit ganzer Kraft der Schaffung und Befestigung des Nationalstaates gewidmet: die Ziele der Weltpolitik hatten sich den Erfordernissen der europäischen Stellung Deutschlands unterzuordnen. Diesen Grundsatz ließ er auch in dem Zeitraum nicht außer acht, in welchem er seinem Lande weiträumige Kolonien erwarb. Es war ihm willkommen, daß die alten See- und Kolonialmächte sich jenseits des Ozeans gegenseitig beschäftigten und im Zaume hielten, er selbst blieb ihrem Wettbewerb möglichst ferne. Wie einer Mutter die Pflege ihres Kindes über alles geht, so dem Reichskanzler die Sorge für den von ihm begründeten Nationalstaat.

Danach richtete sich auch sein Verhalten in den orientalischen Angelegenheiten. Mochten die beteiligten Mächte zusehen, wie sie mit diesem Problem fertig wurden: Bismarck hatte gegen keine Lösung etwas einzuwenden, wenn sie nur Deutschland nicht zum Ergreifen der Waffen nötigte. Wohl war ihm die Erhaltung der Türkei willkommen, aber wenn sie in Gefahr geriet, ließ er ihre Feinde gewähren. Im Sommer 1887 sagte er zum russischen General Kaulbars: „Wenn ihr den Sultan stürzt, werden wir viel weinen, denn wir stehen zu ihm in den besten Beziehungen, er ist uns wirklich ein guter Freund; aber wir werden für ihn nicht die geringste Waffe brauchen!“ Im ganzen war die Türkei für ihn ein Gegenstand von Tausch und Rechnung unter den anderen Großmächten. Deutschland sollte sich nicht an der Zerlegung des Osmanischen Reiches beteiligen, um nicht in einen Krieg hineingezogen zu werden. In seinem politischen Testament, den „Gedanken und Erinnerungen“, rät er den deutschen Staatsmännern dringend davon ab, sich „von England und gelegentlich auch von Österreich als Hexhund gegen

russische Bosporus-Gelüste“ ausbeuten zu lassen. An dieser Stelle jenes Werkes findet er es wie auch sonst selbstverständlich, daß Rußland sich eines Tages in den Besitz von Konstantinopel setzen werde, und erhebt als deutscher Staatsmann dagegen keine Einwendung<sup>1)</sup>. Am 10. April 1891 ließ er in den Hamburger Nachrichten schreiben: „Wir sind überzeugt, daß Rußland, wenn es ihm in einer Zukunft gelingen sollte, seine Haustür am Schwarzen Meer zu schließen und den Schlüssel in Verwahrung zu nehmen, sich mit aller Macht auf Asien werfen und Europa nicht beunruhigen würde.“ Auch der Donaumonarchie riet er, das Unvermeidliche geschehen zu lassen; erst wenn die Russen wieder einmal vor oder in Konstantinopel stünden, sollte Österreich-Ungarn seinen Anspruch auf die westliche Hälfte der Balkanhalbinsel anmelden. Er wünschte die Einigung der zwei befreundeten Kaiserkräfte nicht bloß, um sie auf dem Balkan zu beschäftigen, sondern noch mehr, weil er es als unvermeidlich voraussah, daß das Deutsche Reich hineingezogen werden würde, wenn zwischen ihnen ein Krieg ausbrechen sollte. Die furchtbare Prüfung eines Weltkrieges aber wollte er Europa, besonders dem Deutschen Reiche wenn irgend möglich ersparen. Auf diesem Grundriß baute sich das Kunstwerk seiner äußeren Politik auf.

Es ist anders gekommen, als Bismarck gewünscht und vorgesorgt hatte. Gegen das Ende des 19. Jahrhunderts wuchs Deutschland wirtschaftlich und auch als Seehandelsstaat so kräftig empor, daß es im nahen Orient in den Wettbewerb mit den Weltmächten treten konnte. Auch zeigte das Türkische Reich so viel Lebenskraft, daß es sich bis gegen Ende des Weltkrieges seiner russischen und britischen Dränger erwehren konnte. Im Laufe der Zeit wurde das Programm Bismarcks einem Kleide ähnlich, das der deutschen Nation zur Zeit ihres Wachstums an den Leib gemessen war, aber allgemach zu kurz und zu enge geworden ist. Bismarck steht deshalb nicht weniger hoch, weil die Zeit sogar über sein Riesenmaß hinausgewachsen ist. Auch liegt die Frage nahe, ob das Deutsche Reich nicht besser getan haben würde, in die Weltpolitik mit größerem Bedacht einzutreten. Gewiß ist, daß Bismarck, wenn er länger an der Macht geblieben wäre, gebremst und den Drang nach Osten wie über das Weltmeer weise im Zaume gehalten hätte. Der Wagen ist, wie Erich Marcks bemerkt, weiter gerollt, als Bismarck gewollt hat.

<sup>1)</sup> Die betreffende Stelle (Band I S. 261—267) ist, wie die Erwähnung der Reden Gladstones gegen Abdul Hamid S. 262 beweist, nach 1895 geschrieben.

## Rußlands Drang zum warmen Meere

Es verrät ein kurzes Gedächtnis, wenn man behauptet, der Weg zum Balkan und nach Konstantinopel sei dem Zarenreiche durch die allslawische Idee gewiesen worden. Schon lange bevor der Pan-slawismus seine dünnen Wurzeln in die Erde senkte, führte Rußland — von Peter dem Großen bis auf Nikolaus I. — sieben Kriege gegen die Türkei in der Absicht, seine Herrschaft an die Meerengen zu tragen. Der Feldruf, unter dem diese Herrscher ihre Heere gegen die Osmanen aussendeten, wechselte je nach den geistigen Strömungen, selbst nach der Mode: das Ziel ist unverrückbar gleich geblieben. Ursprünglich war das Christentum das heilige Banner, denn es war in Rußland eine uralte Vorstellung, dieses Reich sei der rechtmäßige Erbe des orthodoxen byzantinischen Kaisertums. Solche Ideen brachten die aus dem eroberten Konstantinopel geflohenen griechischen Mönche nach Moskau: die Stadt werde dereinst an die Stelle Roms und Konstantinopels treten. „Zwei Rom sind gefallen,“ lehrte der Mönch Filosej etwas später, „das dritte steht, ein viertes aber wird es nicht geben<sup>1)</sup>.“ Diese Vorstellungen lebten zunächst bloß in der russischen Kirche weiter, bis das Zarenreich erstarkt war und in ihrem Namen Länder und Völker unterwerfen konnte. Katharina II. wählte sich die Plattform je nach dem Publikum, zu dem sie sprach. Den Völkern des Balkans zeigte sie sich als Schützerin des Christentums, in Europa dagegen konnte die Freundin Voltaires und Diderots sich füglich nicht als Patronin des von ihr belächelten Glaubens aufwerfen. Da sie aber im Zeitalter der Neubelebung der klassischen Studien, im Jahrhundert Winkelmanns lebte, so verkündigte sie, ihre Heere zögen zur Wiederherstellung des byzantinischen Reiches aus. Durch die Anknüpfung an das Griechentum aber war die Verkündigung eines slawischen Evangeliums ausgeschlossen. Der allslawische Gedanke ist nicht von ihr, sondern von Herder ausgegangen, der zuerst von den slawischen Völkern als einer zukunftsvollen Einheit sprach. Man wußte natürlich schon vor ihm, daß ihre Sprachen auf eine gemeinsame Wurzel zurückgehen; die Vorstellung jedoch, daß die Slawen als Gesamtheit zu einer großen Rolle in der Welt bestimmt

<sup>1)</sup> Hans Ubersberger, „Rußlands Orientpolitik“ (Stuttgart 1913), I. Band S. 14-18.

sind, findet sich zuerst in seinen Schriften und wurde darauf von den tschechischen, später von den russischen Panlawisten übernommen. Die Schlagworte haben gewechselt, das bleibende war der Drang Rußlands, an das Meer zu gelangen. Kaum war die Ostsee erreicht, so gründete Peter der Große dort seine Hauptstadt; auch am Asowschen Busen versuchte er Boden zu gewinnen; aber das Schwarze Meer wurde erst von Katharina II. nach ihren Siegen über Türken und Tataren erreicht. Seitdem waren die Anstrengungen Rußlands darauf gerichtet, sich die Ausfahrt ins Mittelländische Meer zu öffnen, den Fremden aber den Zugang zum Pontus Euxinus zu verschließen. Wie die Zugvögel, von einem unwiderstehlichen Trieb geleitet, im Herbst den Flug nach wärmeren Gegenden antreten, wie die Bienen unter einer jungen Königin zur Gründung neuer Staaten ausschwärmen, so drängte es Rußland zum warmen Meer, zur Herrschaft über Konstantinopel. Die natürlichen Triebkräfte sind im Völkerleben das Ursprüngliche, die moralische oder theologische Begründung stellt sich dann nach Bedürfnis ein. Die den Gewalten der Erde dienliche Ideologie wird von Geistern oder Geisterchen mit und auch ohne Bestellung besorgt.

Die Politik Rußlands war also nicht allslawisch, sondern, um die später aufgetauchte Bezeichnung vorwegzunehmen, imperialistisch. Nikolaus mißtraute der panslawistischen Idee ebenso wie jeder anderen: einen der führenden Slawophilen ließ er ins Irrenhaus stecken und von Zeit zu Zeit nachfragen, ob der Arme noch nicht von seinem Wahne geheilt sei. Als sein Anschlag auf Konstantinopel 1854 scheiterte, lag die Schuld jedoch nicht daran, daß er die Ideen geringschätzte, sondern an dem Irrtum, dem er sich über die österreichische Politik hingab. Schon war sein Heer durch die Donaufürstentümer über die Donau gedrungen, als das Wiener Kabinett ihn durch die Note vom 3. Juni 1854 zwang, die Balkanhalbinsel zu räumen. Zähneknirschend gab er nach, es seinen Nachfolgern überlassend, Österreich für seine angebliche Undankbarkeit zu bestrafen. Damit war der Feldzug für Rußland bereits verloren, noch bevor die Franzosen und Engländer am 14. September 1854 in der Krim landeten. Mit der Eroberung von Sebastopol wurde die strategische Niederlage durch die taktische besiegelt.

Alexander II. nahm das seinem Vater mißlungene Werk wieder auf. Durch dessen Erfahrungen gewarnt, sah er die Notwendigkeit ein, sich mit Österreich auseinanderzusetzen; diese Macht mußte, bevor das russische Heer wieder den Marsch auf Konstantinopel antrat, entweder

niedergeworfen oder aber zum Bundesgenossen gewonnen werden. Beide Methoden wurden im Räte des Zaren erwogen, zuerst die eine, dann die andere ins Auge gefaßt. Zunächst der Kampf: im Jahre 1876 erging an die deutsche Reichsregierung die Anfrage, wie sie sich zu einem Kriege Rußlands gegen Österreich stellen würde. Die Antwort Bismarcks war, daß Deutschland einen Krieg zwischen den zwei Freunden Deutschlands tief beklagen müßte, ohne daß jedoch zunächst die Nötigung bestünde, sich an ihm zu beteiligen; sollte aber der Bestand Österreich-Ungarns bedroht werden, so müßte Deutschland dieser Monarchie zu Hilfe kommen. Das ist auch der Sinn der Weisung, die Bismarck dem deutschen Botschafter in Wien, Grafen Stolberg, am 12. Dezember 1876 zukommen ließ, worin es hieß, Deutschland könne „eine lebensgefährliche Verwundung“ der habsburgischen Monarchie nicht zulassen. So blieb Rußland nichts übrig, als sich mit Österreich zu verständigen. Zu diesem Zwecke schlug Alexander II. dem Kaiser Franz Josef einen gemeinsamen Krieg gegen die Türkei vor, mit dem Ziele einer Teilung der europäischen Besitzungen der Pforte. Das wurde jedoch von Österreich-Ungarn abgelehnt, zuerst bei der Zusammenkunft der zwei Kaiser zu Reichstadt in Böhmen am 8. Juli 1876, dann im Dezember desselben Jahres, als der Zar noch dringender um ein Kriegsbündnis warb. Sonach mußte Rußland allein gegen die Türkei vorgehen, doch war es notwendig, sich zuvor der Neutralität Österreichs zu versichern. Dazu ließ sich Kaiser Franz Josef auf den Rat des Grafen Julius Andrássy herbei. Mochten die Russen immerhin die Schlachten auf der Balkanhalbinsel schlagen, wenn ihre Siege nur auch der Donaumonarchie zugute kamen! Dieser Gedanke, staatsklug eronnen, wurde in demselben Geiste ausgeführt. Der Heißhunger Rußlands war so groß, daß es dem Wiener Kabinett erstaunlich viel bezahlte, um ihn zu befriedigen. Zunächst wurde im Geheimvertrage vom 15. Januar 1877 Bosnien und die Herzegowina der österreichisch-ungarischen Monarchie als Besitz überlassen. Das war nur der Anfang: denn im Vertrage vom 18. März 1877 erklärte das Petersburger Kabinett, der Westen der Balkanhalbinsel vom Vardar und Timok bis zum Adriatischen Meer sei als Einflußgebiet Österreich-Ungarns anzusehen. Damit waren Serbien, Albanien und Westmazedonien samt Saloniki dem Protektorat der Donaumonarchie überantwortet. Für all das sagte Österreich seine Neutralität zu, aber nicht mehr; zugleich eröffnete es der russischen Regierung, daß sie sich auf Konstantinopel keine Hoffnung machen dürfe.



Der Zar aber und sein Kanzler Gortschakow nahmen an, daß, wenn das türkische Heer nur erst niedergeworfen wäre, die westliche Hälfte des Balkan dem russischen Einflusse nicht mehr entwunden werden könnte<sup>1)</sup>.

Diese Vorgänge bekunden ein Doppeltes. Zunächst daß Rußland die kleineren slawischen Brüder, die Serben und die mazedonischen Bulgaren, ohne weiteres preisgab, um sich den Landweg nach Konstantinopel zu öffnen. Sodann wird durch den Einblick in jene Unterhandlungen die Legende zerstört, daß Alexander II. den Frieden hätte erhalten wollen, aber durch die öffentliche Meinung seines Landes bestimmt wurde, zur Befreiung der Balkanslawen die Waffen zu ergreifen. Richtig ist vielmehr, daß er anderthalb Jahre vor Beginn des Krieges den Briefwechsel mit Kaiser Franz Josef begann, um den Angriff planvoll vorzubereiten.

\*

## P a n s l a w i s m u s

Wohl hegte Alexander II. wie die ganze russische Nation Teilnahme für die unter türkischer Herrschaft stehenden slawischen Volksstämme, aber deshalb allein würde er sich nicht in den Krieg gestürzt haben. Er wäre auch nicht berechtigt gewesen, das Blut der Söhne Rußlands bloß für die Befreiung anderer Völker dahinströmen zu lassen. Auch abgesehen davon, daß die Politik solche Selbstlosigkeit nicht kennt, betrachtete die russische Regierung die kleinen slawischen Völker immer bloß als Steine in ihrem großen Spiel. Das slawische Gemeingefühl kreuzte und verwob sich mit der Selbstsucht des russischen Staates: der Natur der Sache nach schlug aber die Farbe des Egoismus jede andere. Will man den leitenden Gedanken der russischen Politik kennzeichnen, so ist es richtiger, mit dem Fürsten Georg Trubekoj vom

<sup>1)</sup> Eduard von Wertheimer, „Graf Julius Andrássy“. Das Werk ist eine reiche Fundgrube zur Geschichte der Zeit, aus der auch die obige Darstellung geschöpft ist. — Theodor von Sofnosky, „Die Balkanpolitik Österreich-Ungarns seit 1866“ (Stuttgart 1913—1914), gibt einen guten Überblick; doch geht der Verfasser als österreichischer Patriot, der schon vor dem Weltkrieg für die Ausdehnung der Monarchie nach Südosten eingetreten ist, mit der äußeren Politik Österreich-Ungarns wegen ihrer Vorsicht zu streng ins Gericht.

Panrussismus als vom Panlawismus zu sprechen. Den entscheidenden Gesichtspunkt hat Ignatiow einleuchtend ausgesprochen, indem er in einer Denkschrift sagte: „Die österreichischen und die türkischen Slawen müssen zu Bundesgenossen der Russen und zu Werkzeugen ihrer Politik gemacht werden, um sie gegen das Deutschtum zu benutzen. Einzig und allein zur Erreichung dieser Ziele kann Rußland für sie Opfer bringen und an ihre Befreiung und Kräftigung denken. Das Mittel als Zweck betrachten — das heißt die Befreiung der slawischen Völker vor Augen haben, dann aber gestatten, daß sie sich in den Dienst einer russenfeindlichen Politik stellen — und sich mit dem humanitären Erfolg zufriedenzugeben, wäre von seiten Rußlands ein entschiedener Fehler.“

Für das Verhältnis des Panlawismus zum russischen Selbstherrscher war es schon entscheidend, daß die „Slawophilie“ — dies der ältere Name für die Bewegung — nach den napoleonischen Kriegen im Gegensatz zum Liberalismus und zum Weltbürgertum entstand. Die Slawophilen entsprachen völlig den deutschen und den französischen Romantikern; von Schelling und Görres, von Chateaubriand und de Maistre entlehnten sie ihre Ideen; sie predigten die Abkehr von der Revolution und die Hochschätzung der ursprünglichen Volksempfindungen, der Religion wie der Nationalität. So Kirejewskij, Chomjakow und Konstantin Aksakow, die dem Zaren ebenso ergeben waren wie der Orthodorie. Kirejewskij lehrte, Rußlands wahrer Glaube werde auch den Westen retten. Sie standen also im Gegensatz zu den „Westlingen“, die auf dem Boden der französischen Revolution standen, zu den Liberalen und Demokraten, wie zu den Sozialisten und Nihilisten. Sie waren durchweg wohlhabende konservative Grundbesitzer, literarische Schöngeister, die keine Politik trieben, was sie jedoch nicht vor dem Mißtrauen des Zaren Nikolaus I. schützte.

Die zweite Generation der Slawophilen, so Iwan Aksakow, Ratkow, Danilewskij, griff dagegen leidenschaftlich in die Politik ein. Für sie stand die Nationalität an erster Stelle, aber dabei scharten sie sich um Thron und Altar, wenn auch Iwan Aksakow, ein unabhängiger Geist, für die Schäden des Polizeistaates und der Polizeikirche nicht blind war. Die Moskauer Zeitung wurde das Organ des Panlawismus, Danilewskij schrieb 1871 das von seiner Partei hochgeschätzte Buch „Rußland und Europa“. Hier besonders begegnet man der maßlosen Selbstüberschätzung des Slawentums, welche zu den schwersten

Enttäuschungen führen sollte. Danach wäre das westliche Europa der Zersetzung anheimgefallen, hervorgerufen durch Materialismus und Protestantismus, durch Kapitalismus und Anarchismus — die Slawen aber werden die Heilung bringen, Europa besiegen, beherrschen und verjüngen. Rußland werde eine slawische Föderation gründen mit Konstantinopel als Hauptstadt. Diese abenteuerlichen Phantasien haben das Wohlgefallen der russischen Machthaber nach Nikolaus I. erregt, um so mehr, als Katkow die Verbindung mit den regierenden Kreisen gewandt aufrechthielt. Daher das Urteil Gorkis über die Slawophilen: bei ihnen hätte sich Talent mit einer wahrhaft orientalischen Gedankenlosigkeit wie mit tatarischer Schlaueit gepaart<sup>1)</sup>.

Die Schlaueit der panslawistischen Schule bestand darin, daß sie der bereits bedrängten Selbstherrschaft des Zaren geistiges Rüstzeug zum Kampfe gegen die Demokratie darbot. Deshalb wurde der Predigt des neuen Glaubens unter Alexander II. weiter Spielraum gelassen. Vor und während des Türkenkrieges 1877 waren die von slawischer Glut erfüllten Artikel Iwan Afjakows in der Moskauer Zeitung den herrschenden Gewalten willkommen. Konnte sich doch die Regierung Europa gegenüber auf eine volkstümliche Strömung berufen. Als aber Afjakow in einer zu Moskau gehaltenen Rede das Werk des Berliner Kongresses als für Rußland unheilvoll bekämpfte, wurde er von der Regierung für einige Zeit auf sein Gut verbannt. Sein Genosse Katkow dagegen, der slawischen Enthusiasmus mit höfischer Geschmeidigkeit verband, war lieb Kind, die Moskauer Zeitung blieb unangefochten. Es konnte kein Zweifel aufkommen, wer Roß und wer Reiter war, ob der Panslawismus oder die Regierung. Wer sich über dieses Kräfteverhältnis nicht klar ist, wird sich in den vielverschlungenen Pfaden der äußeren Politik Rußlands nicht zurechtfinden.

\*

### Berliner Kongreß

Selten befand sich der Sieger in solcher Verlegenheit wie Rußland nach der Niederwerfung des türkischen Heeres. Das Petersburger

<sup>1)</sup> Das Werk Th. Masaryks „Rußland und Europa“ belehrt über diese Zusammenhänge, leidet aber an Verschwommenheit in der Charakteristik der verschiedenen Geistesrichtungen.

Rabinett hatte die Neutralität Österreich-Ungarns durch große Zusagen erkaufte; ebenso war Englands Mißtrauen beschwichtigt worden, indem Rußland schon vor dem Krieg im Vertrage vom 6. Mai 1877 die Erklärung abgegeben hatte, daß über Konstantinopel wie über die Meerengen auch in Zukunft nur mit Zustimmung Europas verfügt werden solle. Die Früchte des Sieges waren also weggegeben, bevor er ersochten war. Vergebens machte Rußland den Versuch, sich seinen Verpflichtungen zu entziehen. Diesem Zwecke sollte der Vorfrieden zu San Stefano dienen, zu dem die Pforte nach ihrer Niederlage am 3. März 1878 gezwungen wurde: darin unterwarf sie sich vollständig dem Gebote des Zaren. Indessen verständigten sich Österreich-Ungarn und England und bedrohten Rußland mit Krieg; so sah sich der Zar genötigt, den Vertrag von San Stefano in seiner Gesamtheit einem europäischen Kongreß zur Prüfung und Entscheidung vorzulegen. Das war der Schiffbruch der Politik Gortschakows. Infolgedessen kündigte ihm Alexander II. an, er könne ihm die Vertretung Rußlands auf dem Berliner Kongreß nicht übertragen; das hohe Alter Gortschakows, so schüzte der Kaiser vor, heische Rücksicht. Durch die inständigen Bitten seines Kanzlers ließ sich der Zar jedoch erweichen, von seinem Vorhaben abzugehen. So erhielt dieser die Erlaubnis, seiner politischen Niederlage auf dem Kongreß in eigener Person beizuwohnen. Das war dem eiteln Mann lieber als das Fernbleiben vom Schauplatz. Als Gehilfe bei den Verhandlungen des Kongresses wurde ihm Graf Peter Schuwalow zugesellt, der Botschafter in London. Dieser hatte das Abenteuer des Türkenkrieges mit Kopfschütteln verfolgt, auch gehörte er zu der bereits aussterbenden Schule der russischen Staatsmänner, welche die Freundschaft mit Deutschland pflegen wollten.

Die Verhandlungen des Kongresses erhielten ihr Gepräge durch das Zusammengehen Andrassys mit Disraeli, dem englischen Ministerpräsidenten; Bismarck vermittelte zwischen ihnen und Rußland; der französische und der italienische Vertreter hielten sich im Hintergrunde. Das für Rußland schmerzliche Ergebnis war, daß es versprechen mußte, seine Truppen binnen neun Monaten aus der Balkanhalbinsel zurückzuziehen. Österreich und England hatten ursprünglich die Frist von sechs Monaten vereinbart; es war ein guter Schachzug Andrassys, daß er, dem Wunsche Rußlands entgegenkommend, seinen britischen Kollegen bestimmte, noch drei Monate zuzulegen. Es waren somit 200 000 russische Soldaten auf dem Balkan geopfert worden, ohne daß das Reich

daraus für sich einen nennenswerten Gewinn zog. In Asien schnitt Rußland verhältnismäßig besser ab, da es Karz und Batum vom türkischen Reiche losriß. In Europa aber erreichte es bloß die Abtretung des Stückes von Besarabien (etwa 10 000 Quadratkilometer), welches nach dem Krimkrieg an die Moldau hatte abgetreten werden müssen. Der Abzug der Russen von der Balkanhalbinsel verzögerte sich um etwas über die im Berliner Vertrage festgesetzte Frist. Als er infolge des Drängens Österreich-Ungarns 1880 doch erfolgte, war für die Selbstbestimmung Bulgariens die Grundlage gewonnen.

Österreich-Ungarn dagegen erhielt Bosnien und die Herzegowina, ferner das Recht auf Besetzung des Sandschaks und auf den weiteren Vormarsch über Mitrowika hinaus, endlich die Hafen- und Eisenbahnpolizei in Montenegro. Der Antrag, der habsburgischen Monarchie das europäische Mandat zur Besetzung Bosniens und der Herzegowina zu übertragen, wurde von Disraeli mit der für Österreich-Ungarn schmeichelhaften Begründung gestellt, daß dieses Reich fähig sei, Ordnung und Gesittung in jene Lande zu tragen. Es ist später bekannt geworden, weshalb Disraeli Wert darauf legte, den Vorschlag in eigener Person zu machen: er wollte dem Fürsten Bismarck zuvorkommen.

Auch sonst wurden die Gebietsgrenzen auf der Balkanhalbinsel so gezogen, wie Österreich-Ungarn und England es wünschten. Der Türkei blieben Mazedonien und Thrazien erhalten, obwohl sie diese Länder im Vorfrieden von San Stefano zum guten Teile hatte abtreten müssen. Somit war das Gebiet eng umfriedet, in dem das freigewordene Bulgarien sich entwickeln konnte. Außerdem wurde dieses Land in zwei Teile gespalten, in das eigentliche Fürstentum und in Ostrumelien, das, wenn auch autonom, doch unter einen türkischen Statthalter gesetzt wurde. Diese Teilung wurde durch die Besorgnis Andrassys und Disraelis hervorgerufen, die Bulgaren würden sich aus Dankbarkeit gegen ihre russischen Befreier als deren Vasallen betrachten und benehmen. Darin aber haben die beiden Staatsmänner fehlgegriffen und der Entfaltung Bulgariens zu einem unabhängigen Staatswesen überflüssige Hindernisse in den Weg gelegt. Doch auch so war dem bulgarischen Volke der Aufstieg beschieden, den Österreich-Ungarn später nach Kräften gefördert hat. In diesem wie in anderen Punkten war das Werk des Berliner Kongresses nicht von Dauer, ein Übergang bloß zu neuen Bildungen. Eines aber stand fest, daß Rußland durch seinen militärischen Sieg über die Türken für sich selbst letzten Endes nur

wenig mehr erzielte als durch den an Niederlagen reichen Krimkrieg. Wieder stieß es sich wie 1854 an Österreich wund: hier liegt die Ursache der unverföhnlichen Feindschaft Rußlands gegen die sich ihm quer vorlegende habsburgische Monarchie.

Graf Andrássy war nicht mit einem festen Balkanprogramm ins Amt getreten, seine Ansichten formten sich erst mit den Ereignissen, denn er war vor allem ein Mann der Tat, nicht des Gedankens. Die Erwerbung Bosniens und der Herzegowina betrieb er anfangs nicht eben eifrig, da er die Zahl der Slawen der Monarchie nicht ohne Not vermehren mochte. Das Ziel selbst wurde ihm durch Kaiser Franz Josef gesteckt, der schon 1875 geneigt war, darauf loszugehen: den Denkwürdigkeiten des Generals Mollinary ist zu entnehmen, daß bereits damals die Besiznahme der zwei Provinzen durch eine Armee unter Mollinarys Führung in Aussicht genommen war. Andrássy jedoch mahnte ab und entwickelte dem Kaiser am 17. August 1875 den etwas unklaren Plan einer bloß „fakultativen“ Anneixionspolitik, was einer Mahlzeit ohne rechten Hunger gleichkam<sup>1)</sup>. Er faßte den Entschluß zum Handeln erst, als der Vorschlag zur Ausdehnung der Monarchie von Petersburg kam. Seitdem aber ging er seinen Weg mit voller Sicherheit. Wie er sich die Zukunft des Balkans dachte, geht aus dem mit Rußland am 15. Januar 1877 geschlossenen Vertrag deutlich hervor. Österreich-Ungarn sagte seine Neutralität im Türkenkriege nur unter der Bedingung zu, daß auf der Balkanhalbinsel kein großer slawischer Staat gebildet werden dürste. Vielmehr sollte nach der Absicht Andrássys ein Kranz von kleineren Gemeinwesen entstehen: Bulgarien und getrennt davon Ostrumelien; neben Serbien und Montenegro ein selbständiges Albanien und, was bezeichnend ist, auch ein autonomes Mazedonien<sup>2)</sup>. Dabei schwebte dem Grafen Andrássy die Ungliederung der westlichen Hälfte der Balkanhalbinsel an Österreich-Ungarn vor, nicht die förmliche Eroberung und Einverleibung, wohl aber der Gewinn maßgebenden Einflusses. Es ist glaubhaft, daß Andrássy, wie der türkische Bevollmächtigte am Berliner Kongreß Kara-theodori Pascha in seinen Denkwürdigkeiten berichtet, diese Gebiete

<sup>1)</sup> Wertheimer II, S. 259; A. Freiherr v. Mollinary, „46 Jahre im österreichisch-ungarischen Heere“. (Zürich 1905.) II, S. 281—308.

<sup>2)</sup> G. Hanotaux, „Histoire de la France contemporaine“. (Deutsche Übersetzung IV, S. 341.) — Wertheimer III, S. 91—93. — A. Fournier, „Wie wir zu Bosnien kamen“, (Wien 1909), S. 43.

allmählich in den Zollverband der Donaumonarchie einbeziehen wollte. Den Beginn gedachte er mit Serbien zu machen. Er verwendete sich auf dem Berliner Kongreß für die Vergrößerung Serbiens, das infolgedessen vier von Bulgaren bewohnte Kreise, das Gebiet von Nisch und Pirot erhielt; dafür mußte Serbien versprechen, eine Zollunion mit Österreich-Ungarn einzugehen. Diese Zusage wurde von der serbischen Regierung nicht gehalten und der verständige Plan Andrassy's später von seinen eigenen Landsleuten durchkreuzt, welchen der handelspolitische Zusammenschluß mit den Balkanstaaten, besonders mit Serbien, unbequem war; hätte doch die freie Einfuhr von Vieh aus Serbien, von Getreide aus Rumänien die Preise dieser Produkte auf den Märkten von Wien und Budapest gedrückt. Seiner großen Auffassung lagen derartige Bedenken fern. Daß Andrassy nie öffentlich von seinen ausgreifenden Plänen sprach, hatte einen doppelten Grund. Auf der einen Seite war die öffentliche Meinung in Ungarn wie in Deutschland Österreich einer Ausdehnung der Monarchie nach Südosten abhold. Dann aber, und das war die Hauptsache, würde die Pforte Österreich-Ungarn noch mehr beargwöhnt haben als Rußland; aus Furcht, auch Albanien und Mazedonien — wie bereits Bosnien — an die „Schwarzbaz“ zu verlieren, hätte der Sultan sich vielleicht dem Zaren in die Arme geworfen. Daher das Dunkel, in das Andrassy seine Entwürfe hüllte. Er wies übrigens den Gedanken weit von sich, die Ausdehnung der Monarchie bis ans Ägäische Meer durch die russische Herrschaft über Konstantinopel zu erkaufen. Seiner Überzeugung nach genügte zur Durchführung der österreichischen Balkanpläne das Bündnis mit dem Deutschen Reiche. Er entwickelte dem Kaiser Franz Josef, daß Deutschland bei einem Zusammenstoße Österreich-Ungarns mit dem Zarenreich keine andere Wahl besäße als die Unterstützung der habsburgischen Monarchie. Auch rechnete er darauf, daß England, seiner bisherigen Politik entsprechend, die Meerengen den Russen auch in Zukunft nicht gönnen werde. Er lehnte also die Anregung Bismarcks, den Zaren in Konstantinopel gewähren zu lassen, bestimmt ab. Andrassy legte großen Wert darauf, daß Österreich-Ungarn durch die Berliner Kongreßakte die Vollmacht erhielt, „bis über Mitrowitz hinaus“ nach Süden vordringen zu dürfen; er glaubte damit die Ausbreitung der Monarchie gegen das Ägäische Meer vorbereitet zu haben. In diesem Sinne sagte er, von Berlin heimgekehrt, zu seinem Kaiser: „Nun sind Eurer Majestät die Tore zum Orient geöffnet.“

## Mitteuropäisches Bündnis

In Petersburg gab man sich keiner Täuschung darüber hin, daß das Spiel zunächst verloren war. Aber nicht Gortschakow, der den Türkenkrieg politisch schlecht vorbereitet hatte, galt für den Schuldigen; die Panflawisten überhäufte vielmehr Bismarck mit Vorwürfen, angeblich, weil er Rußland auf dem Kongreß nicht genügend unterstützt hatte. Was aber konnte der deutsche Reichskanzler mehr tun, als den beteiligten Großmächten wiederholt empfehlen, Stambul nicht gegen die Russen zu verteidigen? Doch vergebens, Deutschland galt nun einmal für undankbar: seine Einigung war nach russischer Auffassung nur möglich gewesen, weil Rußland im Kriege von 1870 wohlwollende Neutralität befolgt hatte, somit hätte Bismarck als Gegenleistung ein Machtwort sprechen und Österreich-Ungarn während des Türkenkrieges im Zaume halten sollen. Immer wieder wiesen die Russen auf den Brief hin, in welchem Wilhelm I. seinem Neffen, dem Zaren Alexander II., unmittelbar nach dem Kriege von 1871 seinen Dank für die geleisteten Dienste ausgesprochen hatte. Nun lag die Verkettung der Dinge klar vor den Augen: Alexander II. wünschte 1870 den Sieg der Deutschen im Interesse Rußlands und hielt Österreich durch seine Drohungen von der Einmischung ab, weil Frankreich und die Donaumonarchie sich im Krimkrieg dem russischen Anschlag auf Konstantinopel widersetzt hatten; mit Vergnügen sah Rußland seine Hauptgegner 1866 und 1870 gedemütigt. Es war eine Naivität, zu erwarten, daß dieser Sachverhalt den deutschen Kanzler sentimental stimmen werde. Falsch war die Rechnung, Deutschland werde deshalb Rußland bei der Unterwerfung des nahen Orients unterstützen und sich sogar mit Österreich-Ungarn und England verfeinden. Bismarck durfte nicht daran denken, Österreich, Deutschlands Vormauer gegen Osten und Südosten, den Russen zu opfern. Hochmütig forderte Gortschakow 1878 die Unterstützung Deutschlands wie eine Schuld ein, obwohl er 1875 die Erbitterung Bismarcks wachgerufen hatte, indem er sich im deutsch-französischen Streite als Schiedsrichter gebärdete. Alles was Bismarck auf dem Berliner Kongreß tat, um als „ehrlicher Makler“ auch dem Petersburger Kabinett zu nützen, erschien den Russen un-



zureichend. Sie erhoben gegen Deutschland 1878 denselben Vorwurf der Undankbarkeit wie 1854 gegen Österreich.

Immer drohender wurde nach dem Kongreß die Sprache Rußlands, der Panlawismus erkor sich Deutschland, nicht Österreich zum Hauptgegner. General Skobelew, seit dem Türkenkriege mit Ruhm bedeckt, machte sich in öffentlichen Reden zum Sprachrohr dieser Angriffe. So reifte in Bismarck der Entschluß, das Deutsche Reich aufs engste mit Österreich-Ungarn zu verbinden. Als der Kanzler zu diesem Behuf im Herbst 1879 nach Gastein und Wien reiste, hatte er das Größte im Auge. Er machte dem Wiener Kabinett den Vorschlag eines Bündnisses, welches in die Verfassungen Deutschlands, Österreichs und Ungarns einzutragen wäre; von den Parlamenten von Berlin, Wien und Budapest bestätigt, hätte der Bundesvertrag wieder nur mit Zustimmung der Volksvertreter gekündigt werden dürfen. Darauf jedoch wollten sich die Staatslenker Österreich-Ungarns nicht einlassen, so daß ein „pragmatisches Bündnis“, wie Windthorst es später taufte, nicht zustande kam. Und noch in einer anderen Hinsicht drang Bismarck bei dem Wiener Kabinett nicht durch. Er wollte nämlich so abschließen, daß sich das Bündnis als ein „generelles“ wider jeden Feind gerichtet hätte — gegen Ost und West, gegen Süd und Nord. Das lehnte Andrassy ab, da die Donaumonarchie nicht gewillt war, die Bürgschaft für Elsaß-Lothringen auf sich zu nehmen. Andrassy hat immer, auch in einer 1885 dem Kaiser von Österreich unterbreiteten Denkschrift, den unversöhnlichen Gegensatz Deutschlands zu Frankreich als einen Posten in seine politische Rechnung gestellt; darin sah er einen Vorteil für Österreich-Ungarn, da Deutschland keine andere zuverlässige Verbindung schließen könne als mit Österreich-Ungarn. Andrassy schlug also statt des generellen Bündnisses bloß ein gegen Rußland gerichtetes vor. Dazu verstand sich Bismarck nur schwer, und er stieß, als er zuletzt einwilligte, auf die Weigerung seines Kaisers. Wilhelm I. wollte das herkömmliche gute Verhältnis des Berliner zum Petersburger Hofe nicht gestört wissen, keine unüberbrückbare Kluft gegen den östlichen Nachbarn aufreißen lassen. Auch das Wiener Kabinett hätte besser getan, diesen Gründen zu weichen und nicht darauf zu bestehen, daß die Allianz nach Sinn und Wortlaut von einem abzuwehrenden russischen Angriff sprach. Andrassy glaubte jedoch einen Erfolg davonzutragen, indem er die Verpflichtungen des Bündnisses einengte. Deutschland ging also darauf ein, aber es scheint, daß bei

Bismarck ein Stachel zurückblieb und daß er unter diesen Umständen zu Österreich-Ungarn kein volles Vertrauen fassen konnte. Immer hielt er sich noch die Verbindung mit Rußland offen, was er in den „Gedanken und Erinnerungen“ auch seinen Nachfolgern einschärfte. Hätten sich die zwei Mächte schon 1879 auf Gedeih und Verderb zusammengeschlossen, so wären in den nächsten Jahrzehnten zwischen ihnen nicht die Mißverständnisse aufgetaucht, die von Zeit zu Zeit beglichen werden mußten. Bismarck hat viel schärfer als Andrassy vorausgesehen, daß die Reiche der Habsburger und Hohenzollern völlig aufeinander angewiesen waren, sonach kein Unterschied zwischen den Feinden des einen und des anderen gemacht werden durfte. Aber auch so, wie das Bündnis am 7. Oktober 1879 zustande kam, ist es das stärkste, von dem die Geschichte zu erzählen weiß. Es wurde auch dafür gesorgt, daß nach dem Ablauf des Vertrages nicht wieder neue Verhandlungen notwendig waren, um ihn zu verlängern. Diese Tatsache steht fest, wenn auch die Bündnisfrist unbekannt ist; nach einer Nachricht galt der Vertrag immer für je sechs Jahre und lief von selbst für eben diese Zeit weiter, wenn er nicht nach dem vierten Jahre seiner Geltung ausdrücklich gekündigt worden war. Es bleibe dahingestellt, ob diese Angabe richtig ist; sicher ist, daß die zwei Mächte 1879 die automatische Fortdauer des Vertrages vereinbart haben, wofern nicht ein Teil früher zur Kündigung geschritten ist. Diese Bestimmung ist einer der Grundpfeiler im Baue Mitteleuropas. Abriß hat das innerste Bedürfnis der zwei mitteleuropäischen Reiche von selbst die Lücke ausgefüllt, die im Vertrage vom 7. Oktober 1879 auf Wunsch des Wiener Kabinetts offengelassen wurde. Was der Allianz anfangs an Inhalt fehlte, ist ohne ausdrückliche Abmachung durch die Macht der Tatsachen ergänzt worden. Es ist ein Bündnis auf Leben und Tod geworden, so daß im Weltkrieg von 1914 die von Bismarck nicht durchgesetzte Bestimmung so in Kraft getreten ist, als ob auf sie ein Treuschwur abgelegt worden wäre.

